

SITTA: KEIN ERGEBNIS DER BUNDESREGIERUNG VÖLLIG UNGENÜGEND MINISTERPRÄSIDENTEN MÜSSEN ERGEBNIS DER KOHLEKOMMISSION NICHT AKZEPTIEREN

7. Januar 2019

[Braunkohleverstromung](#), [FDP](#),
[FDP Sachsen-Anhalt](#) [Frank Sitta](#), [Freie
Demokraten](#)
[Infrastrukturmaßnahmen](#)
[Kohlekommission](#) [Landesregierung](#),
[Modellregionen](#) [Sachsen-Anhalt](#)
[Treibhausgase](#)

"Obwohl es einen besseren wirtschaftlichen Weg zur Reduzierung der Treibhausgase gibt, ist die Regierung offenbar fest entschlossen, das Ende der Braunkohle zu verhindern. Dann muss der finanzielle Aufwand für die betroffenen Regionen aber um ein Mehrfaches höher liegen, als die Kohlekommission angeboten wurde. Auch die Zusagen der Bundesregierung am Gipfel sind völlig ungenügend. Unter diesen Umständen kann Ministerpräsidenten ein Ergebnis der Kohlekommission nicht akzeptieren", erklärt Landesvorsitzende der FDP Sachsen-Anhalt.

Mit Geld lässt sich nicht viel erreicht getan. Wir brauchen innovativere Ansätze als das, was man bisher aus der sachsen-anhaltischen Landesregierung kennen gelernt hat. Ein Beispiel: Naturnaher Radtourismus wird wohl keinen Schaden für die Natur leisten können, den drohenden Verlust an Arbeitsplätzen wird er aber ausgleichen. Ein guter Anfang wäre, die Braunkohlereviere zu Modellprojekten zu machen, um bürokratischer Hürden zu machen. Die versprochenen Maßnahmen sollten etwa mit einem beschleunigten Planungsrecht umgesetzt werden.